

Ressortverteilung steht in der Kritik

Regierungsbildung | Mehrheit des CDU-Kreisverbands spricht sich für den Koalitionsvertrag aus

Ziel einer Versammlung des CDU-Kreisverbands war, von den Mitgliedern vor dem Bundesparteitag in Berlin, bei dem über den Koalitionsvertrag abgestimmt werden soll, ein Meinungsbild einzuholen.

■ Von Albert Bantle

Schwarzwald-Baar-Kreis. Dabei stellte der Bundestagsabgeordnete und Vorsitzende des CDU-Kreisverbands Schwarzwald-Baar, Thorsten Frei, die Eckpunkte des 177 Seiten umfassenden Vertrages vor. Moderiert vom stellvertretenden Kreisvorsitzenden, dem Tuninger Bürgermeister Jürgen Roth, wurde dabei lebhaft diskutiert und es zeigte sich, dass die Mitglieder nicht sonderlich glücklich sind, mit dem was da vereinbart wurde. In der Kritik stand dabei vor allem die Ressortverteilung. Der Bundestagsabgeordnete machte deutlich, dass das Vertragswerk ein Kompromiss ist, bei dem die CDU viele »Kröten« schlucken musste. »Ein Kompromiss ist gut, wenn beide Parteien unzufrieden vom Tisch gehen«, brachte es Frei auf den Punkt und traf damit genau die Stimmungslage der Parteimitglieder.

Michael Stöffelmaier wies darauf hin, wie wichtig es sei, nun schnell eine handlungsfähige Regierung zu bilden und nicht im »klein-klein« zu diskutieren und zum Koalitionsvertrag zu stehen. »Ich finde nichts, was man kritisieren könnte«, so der Caritas-Chef aus Villingen. Der Königsfelder Bernd Möller zollte allen an dem Vertragswerk Beteiligten zwar großen Respekt,

befürchtet jedoch, dass die CDU durch ihre Kompromissbereitschaft ihr Profil verliere. »Ich habe Wahlkampf für die CDU gemacht und nicht für die SPD und deshalb riesige Probleme mit dem Koalitionsvertrag«, so Möller. Die Umsetzung sei schwierig. »Woher sollen beispielsweise die vereinbarten zusätzlichen Pflege- und Polizeikräfte kommen«, so seine Frage. Einig war man sich darin, dass man zwischen der Regierung und der CDU unterscheiden müsse und dass die CDU ein neues Grundsatzprogramm brauche, in dem deutlich gemacht

werde, wofür die Partei stehe. Die Union müsse erkennbar bleiben, so der große Wunsch der diskutierenden Mitglieder, die eine Vielzahl von Themen ansprachen. Diese reichten von der Flüchtlingspolitik bis hin zum Fachkräftemangel in vielen Bereichen, der Dieselpolitik und Steuergesetzen.

Eine Frage brannte den Mitgliedern besonders unter den Nägeln: Was passiert, wenn die SPD-Mitglieder den Koalitionsvertrag ablehnen. Gibt es dann einen Plan B? Dann, so Frei, rechne er persönlich mit einer Minderheitsregierung,

die jedoch keine vier Jahre halten werde und an deren Ende dann wohl Neuwahlen stehen würden. Wenn er SPD-Mitglied wäre, würde sich Frei eine Ablehnung vor dem Hintergrund der aktuellen Umfragewerte, in denen die SPD nur noch halb so stark sei wie die CDU, jedoch gut überlegen. »Das würde für die SPD nicht gut ausgehen«, so Freis Einschätzung.

Kritik aus den Reihen der Mitglieder, wonach die CDU für die Zeit nach Angela Merkel keine Alternativen und Reserven habe, wies Frei zurück. Es sei nicht die Aufgabe von

Merkel, für einen Nachfolger zu sorgen, das sei Aufgabe der Partei – und die sei diesbezüglich gut aufgestellt, denn die CDU habe viele sehr gute Leute in ihren Reihen.

Am Ende der langen Diskussions- und Informationsbeiträge ließ Jürgen Roth darüber abstimmen, wer, wenn er Delegierter beim Bundesparteitag wäre, trotz aller Vorbehalte für den Koalitionsvertrag stimmen würde. Das Ergebnis, das Frei als Meinungsbild mit nach Berlin nehmen wird war deutlich: Eine große Mehrheit würde dafür stimmen.



Mitgliederforum der CDU mit Blick auf den Koalitionsvertrag: Thorsten Frei informiert und die Mitglieder diskutieren. Foto: Bantle